



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Ganztägige Betreuungsangebote für Jugendliche über 14 Jahre mit Behinderungen rechtssicher schaffen

Der Landtag stellt fest:

1. Für eine adäquate nachschulische Betreuung von Personen mit geistiger Behinderung und/oder Sinneseinschränkungen, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, gibt es in Sachsen-Anhalt derzeit flächendeckend keine allen angemessenen Bedürfnisse befriedigenden Lösungen.
2. Trotz Ganztagsangeboten an Förderschulen für geistig Behinderte und praktizierten Einzelfalllösungen kommt es in einigen Fällen nach wie vor zu unzumutbaren Situationen, die nicht zuletzt dadurch gekennzeichnet sind, dass Eltern ihre eigene Berufstätigkeit aufgrund einer fehlenden Betreuung ihres Kindes infrage gestellt sehen.

Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf,

1. auf der Grundlage von § 8 Abs. 6 Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (SchulG LSA) an allen Förderschulen für geistig Behinderte ein Ganztagsangebot ab 7.00 Uhr bis 17.00 Uhr nach Bedarf vorzuhalten, das auch an Ferientagen besteht, und mit qualifiziertem Personal auszustatten;
2. die Voraussetzungen zu schaffen, dass alle Förderschulen Ganztagsangebote unterbreiten, wenn dafür ein Bedarf vorhanden ist;
3. den Schulen die Möglichkeit einzuräumen, zur Unterstützung dieser Angebote mit Einrichtungen der Jugendhilfe und mit anderen Einrichtungen im Sinne von § 1 Abs. 4a SchulG LSA auf der Grundlage von Vereinbarungen zu kooperieren;
4. den für diesen Ausbau der Ganztagsangebote im Förderschulbereich erforderlichen Stellenbedarf bei der Personalplanung zu berücksichtigen;

(Ausgegeben am 07.12.2016)

5. den infrage kommenden Personenkreis über die sich hieraus ergebenden Möglichkeiten öffentlichkeitswirksam zu informieren.

Begründung

Die Fraktion DIE LINKE greift einen Tatbestand erneut auf, den sie bereits 2014 im Landtag in Form eines Antrages thematisiert hat.

Der Antrag wurde damals abgewiesen, da die damals geschaffenen Betreuungsangebote als hinreichend eingeschätzt wurden. Beschlossen wurde vielmehr ein Alternativantrag der Fraktionen von CDU und SPD, wonach die Landesregierung über die Lage berichten sollte.

Nunmehr weisen Berichte der Medien und Äußerungen des Beauftragten der Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderungen darauf hin, dass nach wie vor erhebliche Probleme bestehen.

Die einbringende Fraktion sieht vor allem einen sinnvollen Lösungsweg darin, die Möglichkeiten, die das Schulgesetz eröffnet, besser als bisher auszuschöpfen. Die nach § 8 Abs. 6 SchulG LSA ohnehin an den Förderschulen für geistig Behinderte vorzuhaltenden Ganztagsangebote sollen in der Praxis so ausgestaltet werden, dass sie sowohl eine optimale Bildung und Förderung der Schülerinnen und Schüler als auch die erforderlichen Freiräume für die Erziehungsberechtigten gewährleisten. Dazu sind Öffnungszeiten im Bereich von 7.00 bis 17.00 Uhr erforderlich, die auch an Ferientagen gelten.

Die derzeitigen Öffnungszeiten der Ganztagsförderschulen entsprechen diesem Bedarf nicht ausreichend.

Die Fraktion DIE LINKE hat in den letzten Jahren Erfahrungen sammeln müssen, dass Angebote außerhalb der Schule bei Trägern der Jugendhilfe und anderen nicht in allen Regionen und nicht für alle Fälle eine optimale Lösung darstellen. Deshalb plädiert die Fraktion DIE LINKE dafür, die Angebote generell in der Verantwortung der Schulen anzusiedeln.

§ 8 Abs. 6 Satz 2 SchulG LSA soll verbindlicher ausgelegt werden. Die einbringende Fraktion zielt mit ihrem Antrag darauf ab, dass die anderen Förderschulen (neben den für geistig Behinderte) immer dann Ganztagsangebote zu unterbreiten haben, wenn ein Bedarf besteht. Die Ausgestaltung der Bedarfsfeststellung soll der Landesregierung obliegen. Deshalb wird im Antrag dazu nichts Näheres ausgeführt.

Für die Fraktion DIE LINKE ist es wesentlich, dass die Angebote auch personell unteretzt sind. Sie fordert deshalb in Punkt 4 ihres Antrages eine entsprechende Berücksichtigung. Aus Sicht der einbringenden Fraktion sollen dabei nicht nur Stellen für Lehrkräfte Berücksichtigung finden, sondern auch für weiteres pädagogisches Fach- und Unterstützungspersonal.

Swen Köchel
Fraktionsvorsitzender